

# Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Max Baumbach, Dresden.  
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H.  
Hauptstadtstr. 100/101.

Bezugs-Gebühr: In Dresden und Umgebungen bei halbjähriger Zustellung durch die Post  
bei halbjähriger Zustellung monatlich 0,50 M., vierteljährlich 1,50 M.  
Die 1. Hälfte 27 und 2. Hälfte 28 M. Die 3. und 4. Hälfte 25 M. Die 5. und 6. Hälfte 25 M.  
Einzelgen-Presse: In Dresden und Umgebungen bei halbjähriger Zustellung durch die Post  
bei halbjähriger Zustellung monatlich 0,50 M., vierteljährlich 1,50 M.  
Die 1. Hälfte 27 und 2. Hälfte 28 M. Die 3. und 4. Hälfte 25 M. Die 5. und 6. Hälfte 25 M.  
Einzelgen-Presse: In Dresden und Umgebungen bei halbjähriger Zustellung durch die Post  
bei halbjähriger Zustellung monatlich 0,50 M., vierteljährlich 1,50 M.  
Die 1. Hälfte 27 und 2. Hälfte 28 M. Die 3. und 4. Hälfte 25 M. Die 5. und 6. Hälfte 25 M.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:  
Max Baumbach, Dresden.  
Hauptstadtstr. 100/101.

Redaktion nur auf beifolgende Zuschriften (Dresdener Wege) möglich. — Unentgeltliche Zuschriften werden nicht beantwortet.

**Wer** fährt und expeditiert Reisegepäck und Expressgut von und nach den Personen-Bahnhöfen Dresdens? — **besorgt** Fahrkarten zu allen Zügen? — **versichert** von Haus zu Haus zu vorteilhaftesten Bedingungen?

**Amtliche Wer** besorgt dem reisenden Publikum Autos? — **übernimmt** am Hauptbahnhof und Neustädter Bahnhof Einstellung von Fahrrädern, Gepäckträgern usw.? — **erledigt** alles prompt und zuverlässig?

## Expres- und Gepäckfahrt

Dresden-A., Hauptbahnhof — Fernruf 18323, 19884 G. m. b. H. Dresden-N., im Personen-Bahnhof — Fernruf (18323)

## Die Polnisierungsgesfahr in Oberschlesien.

### Ein Hilferuf der Stadt Kattowiz.

Dresden, 21. Juni. Die Stadt Kattowiz hat folgenden Hilferuf an den Reichspräsidenten in Weimar, an das Auswärtige Amt in Berlin, an den Reichstag, an den preussischen Landtag und an den deutschen Volksmächten in Weimar gerichtet: Sieben Wochen haben wir nacheinander unter der durch Bruch des Friedensvertrages geschaffenen Gewalt Herrschaft polnischer Eindringlinge und ober-schlesischer Insurgenten. Unsere Hilferufe sind bisher wirkungslos verhallt. Die Besatzungsbehörden der Interalliierten Kommission bilden weiterhin die wirklichen Machthaber der Kattowizer. Von einem Abzug des Aufstandes ist noch nichts zu bemerken, vielmehr gehen die Bestrebungen der Aufständischen jetzt allem Aufsehen nach dahin, unter den Augen der Interalliierten Kommission vollstän-dige Zustände zu schaffen, in der Annahme, das ober-schlesische Volk, das bisher alles gebuldet ertragen habe, werde sich später schon damit abfinden. Tatsächlich werden von den auf ungesetzlicher Grundlage geschaffenen In-teralliierten Kommissionen an die allein gesetzlichen, unter dem Schutz der Interalliierten Kommission stehenden Amtsstellen, Befugnisse erteilt, die nur darauf abzielen, dauernde Zustände in polnischem Sinne zu schaffen.

Eine im allgemeinen polnische Miliz soll dafür sorgen, die Bevölkerung weiter unter dem polnischen Schwert zu halten. Finanziell zusammengebrochen, suchen die polnischen Herrscher durch Expropriationen an wohlhabenden verschleppten Bürgern, durch willkürliche Steuern aller Art und durch Raub und Ein-brüche sich Geld zu verschaffen. Diejenigen, von denen Geld nicht zu erhalten ist, werden erschlagen oder jämmerlich mißhandelt. Von einem den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens und dem sonstigen Verkehr auch nur einigermaßen gerecht werdenden Eisenbahnverkehr ist keine Rede. Industrie, Handel und Gewerbe stehen infolge vollständiger Blockade an Rohprodukten und Absatzmöglichkeiten vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Mit allerhöchster Ver-longung sieht die Bevölkerung der nächsten Zukunft entgegen, denn man sieht sich unter den obwaltenden Umständen, deren Besserung noch nicht abzusehen ist, allgemein gequält. Wann endlich kommt die in Aussicht gestellte Hilfe? Die Bürgerwehr der Stadt Kattowiz, (s. S. 2, 3.)

### Die Wirtschaftssituation in Oberschlesien.

Wien, 21. Juni. An verschiedenen Orten hat sich die auf den Gelden lagernde Staubfalle entzündet. Die Gefahr, daß die Geldbrände sich zur Katastrophe aus-wachsen, wird von Tag zu Tag arößer. (S. 2, 3.)

### Reichsmittel für Oberschlesien.

Berlin, 21. Juni. Nach Mitteilungen der Blätter hat die Reichsregierung zur Verringerung der dringenden

Not in Oberschlesien 100 Millionen Mark zur Ver-fügung gestellt, die durch einen besonderen Staatskommissar an die bedürftigen Kreise der in Deutschland hand befin-dlichen Gebiete Oberschlesiens verteilt werden sollen.

### Der Säuberungsplan.

London, 21. Juni. Reuters erfährt, daß von der Interalliierten Kommission ein Plan für die Zurückführung der Polen und der Deutschen entworfen worden ist, der gegenwärtig mit beiden Parteien erörtert wird. Am übrigen ist die Lage unverändert. (S. 2, 3.)

### Laurents Einspruch.

Berlin, 21. Juni. Vorkämpfer Laurent erneuert bei seinem geistigen Besuche beim Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rosen seinen Protest gegen den deutschen Selbstschuß in Oberschlesien. Nach Abschluß der Unterredung mit Laurent trat das Reichskabinett, das schon vorher ge-tragt hatte, zu einer Sitzung zusammen. Die Verantwortung der Intervention über Oberschlesien, die auf die morgige Tagesordnung kommen sollte, ist verschoben worden. Es wird angenommen, daß Dr. Rosen die Inter-vention am Donnerstag beantworten werde. Heute vor-mittag trat das Reichskabinett abermals zu einer ein-gehenden Aussprache über die ober-schlesische Frage zu-sammen.

### Glaubwürdige Räumungsversprechungen Korjantys?

Berlin, 21. Juni. Der Präsident der Abstimmungs-kommission in Weimar, General Verond, hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Räumungsversprechun-gen, die Korjanty gemacht hat, ernst zu nehmen seien. Der Positiv-Ausschuß der deutschen Parteien hat nach al-dem, was vorausgegangen ist, das schärfste Mißtrauen. Es ist aber anzunehmen, daß er im Einvernehmen mit dem Führer des Deutschen Selbstschusses den Forderungen der Entente nachkommen wird, um die Probe aufs Ex-empel zu machen. Es handelt sich um eine neue leben-digkeitskräftige Front. Die französische Regierung hat durch ihren Berliner Vorkämpfer geltend das deutsche Auswärtige Amt erinert, im Sinne der Verondischen Meldungen auf General Höfer einzurwirken.

Verond glaubt den Polen alles, weil es in seinen Kram paßt, und weil ihm dieses Versprechen einen Grund gibt, gegen den deutschen Selbstschuß vorzugehen. Wir Deutsche jedenfalls können Korjanty nicht eher glauben, als bis er mit seinen Führern und dem Oberbefehlshaber heraus ist. Nach allem, was bisher über die Räumung bekannt geworden ist, stellen die Zustände im geräumten Gebiet nur eine Fortdauer der Insurgentenherrschaft unter Willkür der Franzosen dar.

## Die verbreiterte Regierungsgrundlage im Reich und in Preußen.

Die sozialdemokratischen Wähler rauschen und schwellen und rubevoll sitzt der preussische Ministerpräsident Steger-wald daran, küßt bis ans Herz hinan. So steht er auch im Gegenfug zu dem Führer in dem Ober-schlesischen Gebiet. Er sitzt der sozialdemokratischen Wählerschaft nicht halb entgegen, sondern leidet ihr hartnäckigen Widerstand und fordert durch diese andauernde Prüftätigkeit ihren höchsten Lohn heraus. Stegerwalds Standpunkt ist der, daß er die sachliche Notwendigkeit der Umbildung der Regierung vorbehaltlos anerkennt und der gegenwärtigen Koalition in Preußen, die nur durch Zentrum und Demokraten gestützt wird, lediglich den Charakter eines Experiments zuspricht, das keines-falls von langer Dauer sein könne. Er will aber keine einseitige Orientierung nach links, wie sie den Wählern der Sozialdemokratie genehm ist, sondern verlangt auch die Hingabe von rechtsgerichteten Elementen, zum minde-sten der Deutschen Volkspartei. Wenn er trotzdem unter den letzten Verhältnissen seine Minderheitsregierung noch fortführt, so bewegen ihn dazu ausschließlich höhere, von aller Parteipolitik losgelassene Erwägungen, die darin bestehen, daß es das staatliche Interesse schwer schädigen ließe, wenn man in einer Zeit, wo der Reichskongress mit aller Ein-dringlichkeit an der großen Arbeitsgemeinschaft von Reich und Schwedemann im Reich auftritt, in Preußen der Defek-tivität das jämmerliche Bild der Unfähigkeit des Par-laments, überhaupt ein Kabinett zu schaffen, bieten würde. Stegerwald will nicht eher zurücktreten, bis ein neu-gebildetes Kabinett in der Lage ist, die Geschäfte zu übernehmen, und in dieser Auffassung wird er von allen bürgerlichen Parteien unterstützt. Auch an der Spitze einer anderweitig zusammengesetzten Regierung zu bleiben hat er sich bereit erklärt, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß ihm als Mitglied des Kabinetts nicht parteipolitisch ein-geordnete Persönlichkeiten aufgeschafft werden, denen die sachliche Führung für die von ihnen zu übernehmenden Ämter fehlt.

Für das Reich erstrebt auch Dr. Stresemann eine ver-breiterte Regierungsgrundlage, und zwar möglichst Me-tro-Koalition unter Einbeziehung der Deutsch-nationalen, die sich aber bei der Sozialdemokratie so geringer Beliebtheit erfreut, daß einer ihrer Vertreter im Laufe der letzten Reichstagsverhandlungen sich zu der Behauptung ver-lief, sie sei ein „großer Schwindel“, worauf ihm von einem Demokraten, dem Abg. Dr. Killy, prompt mit der Erwide-rung geantwortet wurde, sie sei im Gegenteil das Gebot der Stunde. Wenn diese zwingende nationale Notwendigkeit immer noch keine Erfüllung finden konnte, so ist daran ausschließlich die Sozialdemokratie schuld, und das ist auch auf der jüngsten Tagung des Zentralvorstandes der Deut-schen Volkspartei klar und unabweisbar festgestellt wor-den. Dr. Stresemann erklärte dort, er sehe die Zukunft in einem Kabinett auf breiter Basis; wenn aber die Sozial-demokratie ihre Mitwirkung zu einem solchen beharrlich verweigere, so bleibe nur die Rückbildung zu einem bürger-lichen Kabinett übrig. Durch diesen Hinweis auf die un-vermeidlichen Folgen einer fortgesetzten obstinaten Hal-tung der Sozialdemokratie gegenüber einer Zusammen-arbeit mit den Reichsparteien wird die politische Lage im Zusammenhang mit den Ausfallungen Stegerwalds er-klärt. Es geht in der Tat nicht an, daß ein Teil der bürgerlichen Parteien mit einer besseren Sache würdigen Ausdauer keine ganze Politik auf die Heranziehung der Sozialdemokratie zur Regierung einstellt, wenn die Um-worbenen durchaus nicht will. Bekanntheit also die Sozial-demokratie auf ihrer gegenwärtigen Ablehnung gegenüber einer auch nach rechts verbreiterten Regierungsgrundlage, so muß schließlich der Augenblick eintreten, wo sowohl im Reich wie in Preußen eine rein bürgerliche Regierung aus-bricht. Ein solcher Zustand könnte aber nur dann volle Befriedigung erwecken, wenn er auf einer geschlos-senen bürgerlichen Einheitsfront, also mit Einschluß der Deutschnationalen, beruhte. Daß dann von bürgerlicher Seite besonderes Gewicht darauf gesetzt werden müßte, durch die gesamte Regierungsmethode den Beweis zu erbringen, daß auch ohne Beteiligung der Sozialdemokratie am staat-lichen Betriebe eine wahrhaft arbeitserfreundliche Politik möglich ist, braucht nicht ausdrücklich betont zu werden. Es könnte vielleicht auf die sachliche Genugtuung der zuerst noch auf die Sozialdemokratie eingewirkten Arbeiter-kreise von günstiger Wirkung sein, wenn den bürgerlichen Parteien zur Begründung einer solchen Politik gründlich Ge-legenheit gegeben würde.

Geht man dem Scheinbar nicht zu besitzenden Wider-stand der Sozialdemokratie gegen eine Regierung auf breiter Basis im Reich und in Preußen auf den Grund, so liegt die Ursache darin, daß die sozialdemokratische Partei nach wie vor die Oberherrlichkeit beansprucht, ohne dann nach ihrem Rückhalt in der Wählerschaft berechtigt zu sein. Sie ist nicht imstande, für ihre wirklichen Machtverhältnisse das richtige Ansehen zu finden, und will nicht bereiten, daß sie nicht einfach die bürgerlichen Parteien unter ihr Kommando zwingen kann, sondern daß sie sich zum gemeinsamen Wirken mit ihnen eine und gemeinsamenfalls auch unterordnet

## Lord Georges Zukunftsprophetie.

London, 21. Juni. Im Verlauf seiner Rede auf der britischen Reichskonferenz erklärte Lord George: Die Ent-waffung Deutschlands kann als gelöstes Problem be-trachtet werden. Die deutsche Nation ist verarmt, ebenso die österreichische. Die deutsche Armee besteht nicht mehr. Sie ist jetzt wenig mehr als 100.000 Mann stark. Freilich bestehen noch einige Arten von irregulären Formationen,

die wir noch nicht völlig erfasst haben. Es ist nicht so sehr Preußen, das zur Beunruhigung Anlaß gibt, als Bayern. Diese Schwierigkeiten werden aber, wie ich annehme in sehr kurzer Zeit überwunden sein. Diejenigen von uns, welche wissen, wie sehr Sieg und Niederlage auf des Welters Schneide stehen, können ohne Zögern erklären, daß ohne die 2 Millionen Mann, die von außerhalb des Ver-einigten Königreiches kamen, das Preussentum wahrschein-lich im Westen und Osten triumphiert haben würde, bevor die amerikanischen Truppen an der Front eintrafen. Doch hat die zwanglose Einheit des britischen Reiches, Frankreich, England und die Zivilisation vor jener Katastrophe gerettet.

Lord George sagte weiter: Die Nationen und die Völker der Welt hätten die gegenseitige Abhängigkeit in weit größerem Maße als je vor dem Kriege eingeschaut, und der Völkerbund sehe als Zeuge für die Verwirklichung dieser Wahrheit: es könnten keine Vorurteile für die Wiederherstellung Europas und für den dauernden Frieden gemacht werden, es sei denn auf der Grundlage der Annahme der Friedensverträge.

über eine Erzwingung der Verträge. Hier und dort könnten in Folge neuer Verhältnisse mit Zustimmung aller Par-teien Erleichterungen angenommen werden. Derartige Zu-schüsse seien vorzuziehen und noch andere seien im Auge. Das britische Reich, von einem Ende der Welt bis zum anderen, ist durch seine Ehre und durch seine Inter-essen an die Verträge gebunden, die es unterzeichnet hat.

### Handstück zwischen England und Japan

sagte der Premierminister, wir wünschen diese wohlerprobte Freundschaft beizubehalten und auf die Lösung aller Fragen im fernem Osten anzuwenden, wo Japan besondere Inter-essen hat. Das freundschaftliche Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten ist für uns ein Kardinalgrundstück. Wir wünschen, mit der größten Republik in allen Teilen der Welt zusammenzuarbeiten, ebenso wie die Vereinigten

Staaten wollen wir Stetigkeit und Frieden auf der Grund-lage der Freiheit und der Gerechtigkeit. Ebenso wie Ame-rika wünschen wir.

### Die Einstellung der Alliierten

sowohl im Stillen Ozean als auch an anderen Orten, und wir freuen uns, daß die amerikanische Regierung aus-dringlich in dieser Hinsicht ein so ernstes Streben an den Tag legt. Wir müssen jedoch die Maßnahmen im Betracht ziehen, die unsere Sicherheit erfordern. Mehr wollen wir nicht, können jedoch auch nicht mit weniger zufrieden sein.

## Amerika und die deutschen Dollarzahlungen.

Washington, 21. Juni. Handelsminister Hoover er-läuterte das Vorgehen der Reparationskommission, die Zah-lung der gegenwärtigen Rate der deutschen Entschädigungs-zahlungen in amerikanischen Dollars zu verlangen, habe eine Schädigung des Handels zur Folge ge-habt. Hoover forderte, daß die Kommission eine detaillierte Politik nicht weiter verfolge und reite an, die Kommission möge die Rate der Entschädigungszahlung entweder in allierter Währung schließen oder der Anlauf von Dollars möge über eine beträchtliche Zeitperiode ausgedehnt werden. (S. 2, 3.)

### Keinen Anteil an der Bente.

Paris, 21. Juni. Wie der „Temps“ mitteilt, haben folgende Mächte keinen Anspruch auf einen Anteil an der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungszahlung, ent-weder weil sie keine Schadensansprüche stellten oder weil sie mit Deutschland vor dem Waffenstillstand sich nicht in Friedenshand befanden haben. Es sind dies: Die Ver-einigten Staaten von Amerika, Bolivien, China, Cuba, Ecuador, Guatamala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Rio-de-Janeiro, Panama, Peru, Polen und Uruguay. (S. 2, 3.)

### Woran die Kontrollkommission Anstoß nimmt.

(Drahtmeldung aus Weimarer Schriftleitung.) Berlin, 21. Juni. Die Interalliierte Militärkommission hat an dem in Berlin garnisonierenden Wacht-regiment Anstoß genommen und dessen Auflösung im Rahmen der Durchführung der Entwaffnungsbedingungen des Ultimatums geordert. Sie sieht in ihm eine im Friedensvertrag vorgesehene und daher nicht erlaubte Formation. Desgleichen soll General Kollert die auf den Truppenübungsplätzen geplanten größeren Trup-penübungen der Reichswehr beanstanden und ihre Nichtabhaltung gefordert haben.